

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis mittags 12 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. Einzelne Num. 5 Pf.
Inserate pro Zeile 10 Pf., Einzel. 20 Pf.
Expedition: Waldenburg, Obergasse 291 E.

Filialen: in Mistadtwaldenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschek; in Langenchursdorf bei Herrn S. Stiegler; in Penig bei Frau Kaufmann Kay Härtig, Leipzigerstr. 163; in Rochsburg bei Herrn Paul Zehl; in Wolkensburg bei Herrn Ernst Köhler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirten.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Bunzenau, Richtenstein-Callenberg, und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke:
Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niedermiera, Obermiera, Oberwinkel, Delsnitz i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

No 199.

Donnerstag, den 27. August

1896.

Witterungsbericht, aufgenommen am 26. August, nachm. 4 Uhr.

Barometerstand 754 mm. reducirt auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 14° C. (Morgens 8 Uhr + 17,5°) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 66%. Thaupunkt + 8 Grad. Windrichtung: West.
Daher Witterungsaussichten für den 27. August: Wechselnde Bewölkung, Regen drohend, auch einzeln Schauer.

Waldenburg, 26. August 1896.

Der „Reichsanzeiger“ ist den in der Presse wiederholt erhobenen Zweifeln über die Einbringung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Reform des Militärstrafverfahrens, mit der Erklärung entgegengetreten, daß es die Willensmeinung unsres Kaisers ist, dem Bundesrath wegen dieser Reform im Herbst dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, welcher der vom Reichskanzler dem Reichstage abgegebenen Zusage entspreche.

Diese kurze bündige und im Gegensatz zu der letzten Aeußerung des amtlichen Blattes sachliche und unzweideutige Erklärung, schneidet, wie die „Köln. Ztg.“ betont, einer Erörterung den Faden ab, die sich nachgerade zu einem Kettenkönig von mehr oder weniger müßigen Betrachtungen auszuwachsen drohte. Sie kommt noch eben zurecht, um die lebhaften Beunruhigungen zu zerstreuen, die sich in weiten Kreisen des Volks infolge der endlosen Krisengerüchte geltend machten und die sich schließlich dazu verstiegen, an der Aufrichtigkeit des Versprechens zu zweifeln und an dem Worte zu deuteln, das Fürst Hohenlohe den Volksvertretern gegeben hatte. Nunmehr zerfällt auch die Unterstellung, daß es der Wille des Kaisers sei, an dem die so vielfach begehrte Reform der Militärstrafprozessordnung zu scheitern drohte; die Erklärung des Reichsanzeigers verbürgt vielmehr, daß an allen maßgebenden Stellen die Absicht besteht, eine Verständigung mit der Volksvertretung zu suchen. Auch deshalb begrüßen wir diese Rundgebung des Reichsanzeigers mit aufrichtiger Genugthuung, weil in ihr die autoritative Form wiedergefunden ist, die in der That geeignet ist, Mißverständnisse und Mißdeutungen zu klären, eine Form, die der vielbesprochenen Auslassung über den Rücktritt des Kriegsministers gänzlich abging.

In derselben Angelegenheit schreibt die „Nat.-Ztg.“: Daß die obwaltenden Schwierigkeiten mehr umfassen, als die Frage der Reform des Militärstrafverfahrens, bleibt eine Thatsache; aber als eine Bürgschaft für die Verhütung demnächstiger neuer Krisen wird die Erklärung des Reichsanzeigers dennoch angesehen werden, und man wird sie deshalb in weiten Kreisen mit Genugthuung aufnehmen, wenn gleich der in Aussicht gestellte Entwurf sich erst wird beurtheilen lassen, wenn man seinen Wortlaut kennt.

In ähnlichem Sinne äußert sich fast die gesammte Presse. Die konservativen Organe, wie die „Kreuz-Ztg.“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“, drücken die Erklärung des Reichsanzeigers wiederum ohne jeden Commentar ab. Die Berliner „Volksztg.“ macht von ihrem bekannten nörgelnden Standpunkt Bedenken geltend. Sie vermißt in der Erklärung die Angabe, von wem der Reichsanzeiger zu seiner Erklärung ermächtigt worden sei, und findet ferner darin eine Abschwächung der Zusage des Reichskanzlers insofern, als Fürst Hohenlohe von der Vorlage des Reformentwurfs an die gesetzgebenden Körperschaften, also auch an den Reichstag, sprach, während in der Reichsanzeiger-Erklärung nur die Rede ist von der Vorlegung des Entwurfs an den Bundesrath. Man wisse nun aber nicht, wie lange der Entwurf im Bundesrath bleiben und ob er nicht etwa schon dort scheitern könnte.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser arbeitete Dienstag längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts v. Gahnke. Im Auftrage des Monarchen begab sich Flügeladjutant v. Löwenfeld nach Dresden zur Beisehung des bei den englischen Regatten

verunglückten Fhrn. v. Zedtwitz. Tags zuvor hatte das Kaiserpaar dem Ablerschießen des Offiziercorps des 1. Garderegiments beigewohnt. Der Kaiser gab den ersten Schuß ab. Schützenkönig wurde Lieutenant v. Köller; die Kaiserin überreichte ihm den Kaiserpreis, einen Silberpokal; Major von Rosenegk erhielt den zweiten Preis, einen von der Kaiserin gestifteten Pokal.

Der Kaiser soll, wie verlautet, die Erwartung ausgesprochen haben, daß der Festschmuck der Straßen von Breslau während der Kaisertage besonders zahlreich auch russische Fahnen aufweisen werde.

An das Kaiserpaar hatte gelegentlich der Grundsteinlegung der beiden neuen evangelischen Kirchen in Düsseldorf das Presbyterium ein Telegramm entsandt. Darauf ist aus dem Kabinet der Kaiserin folgende Antwort eingetroffen: „Ihre Majestät die Kaiserin haben sich über die Nachricht des Presbyteriums von den Grundsteinlegungen für zwei neue Kirchen in Düsseldorf herzlich gefreut und wünschen dem Entstehen neuer evangelischer Kirchen und dem kräftigen Aufblühen evangelischer Gemeinden am Rhein Gottes reichsten Segen.“

Prinz Heinrich von Preußen nimmt nur an den Breslauer Festlichkeiten theil. Am 6. September abends begiebt er sich nach seinem Gute Hemmelsmark bei Kiel zurück, wo ihm das Zarenpaar von Kiel aus einen Besuch machen wird.

Die noch die Erklärung im „Reichsanzeiger“ erfolgte, daß der Kaiser der Einbringung eines Gesetzentwurfs über die Reform des Militärstrafverfahrens seine Zustimmung erteilt habe, erklärte die „Münch. Allg. Ztg.“ aufs Neue, daß der Reichskanzler gar nicht daran denke, seinen Abschied zu nehmen. Er fühle sich vollkommen im Stande, auch nach dem Zarenbesuch die Politik weiter zu führen, auf die er sich bei Uebernahme des Amtes dem Kaiser gegenüber verpflichtet habe. Dazu gehöre auch die Reform der Militärgerichtsbarkeit, von der man jedoch nicht voraussetzen dürfe, daß sie den Wünschen der Herren Richter, Richter und Singer genügen werde. Weiter macht das Münchener Blatt darauf aufmerksam, daß es wohl Niemandem unter sämtlichen Diplomaten des deutschen Reiches so gut wie dem Fürsten zu Hohenlohe gelingen dürfte, einen großen Theil des Centrums dafür zu gewinnen, daß es, statt der demokratischen Devise zu folgen, den Anschluß an die bewährten staatsmännischen Traditionen in Bezug auf die Vertheilung der Machtfactoren im Heere einnimmt.

In zuständigen Kreisen wird in Erwägung gezogen, wie weit es sich empfehle, im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe eine besondere Gewerbeabtheilung zu errichten, der speciell dann auch die Ueberwachung des Innungswesens anvertraut werden würde. Diese Maßnahme bedeutet eine Annäherung an das von Innungen in Breslau empfohlene Ziel der Errichtung einer Reichshandwerkerkammer.

Auf dem deutschen Katholikentag in Dortmund erstattete der Abgeordnete Trimborn, Rechtsanwält in Köln, den Bericht. Nach demselben zählt der katholische Volksverein 180,000 Mitglieder, und die Zahl der Flugblätter und Vorträge, welche die katholischen Massen über die Socialpolitik aufklären sollen, wächst stetig. Als zweiter Redner sprach der Abg. Dr. Vieber über die Ziele der katholischen Volksvereins. Unter den zahlreichen zur Berathung stehenden Anträgen verdienen die das Duell bekämpfenden allgemeines Interesse, in denen unnachsichtige Bestrafung der Uebertreter der Reichsgesetze und das Verbot aller Duelle im Reichsheer und bei der

Marine nach dem Vorbilde Englands gefordert wird. Der Katholikentag beschloß die Absendung von Telegrammen an den Papst und an den Kaiser. Gleichzeitig mit dem Katholikentag tagt in Dortmund eine Versammlung katholischer Polen, in der es so lärmend zugeht, daß die Polizei mit Auflösung drohen mußte. Die Versammlung verlangte hauptsächlich die Förderung des polnischen Unterrichts.

Eine im „Reichsanzeiger“ publicirte kaiserliche Verordnung bestimmt, daß das Auswärtige Amt, Kolonialabtheilung, für die Bearbeitung der sämtlichen An gelegenheiten der Schutztruppen zuständig sein soll.

Auf der Tagesordnung der 49. Hauptversammlung des Gesamtvereins der evangelischen Gustav Adolf-Stiftung, der vom 15. bis 17. September in Dessau tagt, steht u. a. folgender Antrag des Hauptvereins Halle: „Die Versammlung wolle im Namen des im Gustav Adolf-Verein vertretenen deutsch-evangelischen Volkes zu Gunsten des barbarisch zertretenen und vergewaltigten armenischen Christenvolkes die Macht und Liebe Sr. Majestät des Kaisers anrufen, damit durch sein in der Weise des Großen Kurfürsten geredetes unüberhörbares Wort dem Christenmord ein Ende gemacht und den gewaltsam zum Islam Convertirten die Freiheit der Rückkehr zum christlichen Bekenntniß gewährt werde.“

Der bisherige Kriegsminister General v. Bronsart weilt zur Kräftigung seiner Gesundheit im Bade Neuenahr, im Regierungsbezirk Coblenz; sowohl des Nachmittags wie des Abends erscheint er dort mit seinen Damen bei den Concerten der Kurkapelle. Der Minister erholt sich bei der Kur zusehends. Seine Gesichtsfarbe ist frisch, seine Bewegungen lebhaft und elastisch. Er trägt einen braunen Joppenanzug und einen weichen hohen Filzhut.

Der neugewählte Reichstagsabgeordnete aus Schlettstadt, Oberbürgermeister Spies, findet sich zu der ausbrücklichen Erklärung veranlaßt, daß seine Wahl mit dem Protest nichts zu schaffen habe. Bekanntlich hat die französische Presse den Sieg des Spies als eine Folge des neuentstandenen Protestlerthums aufgefaßt, und auch in verschiedenen rechtsrheinischen Blättern begegnete man dieser Auffassung, die übrigens einer gewissen Berechtigung nicht entbehrt, insofern der bekannte Protestabgeordnete Preiß aus Colmar sich persönlich an der Agitation zu Gunsten des Spies beteiligte und dafür sorgte, daß die protestlerischen und sonstigen antideutschen gesinnten Elemente einmüthig für denselben stimmten. Infolge dieses Vorgehens hat die demokratische „Elfaß-Lothringische Volkspartei“, als deren geistiger Vater Preiß bis jetzt galt, sich von diesem in aller Form losgesagt. In der gleichen Erklärung theilt Spies mit, daß er im Reichstage der „Gruppe der Elsäßer“ beitreten werde. Die Zahl der Mitglieder dieser Gruppe steigt damit auf neun.

In der Zeit vom 1. April 1896 bis zum Schlusse des Monats Juli 1896 sind im deutschen Reich folgende Einnahmen (einschließlich der creditirten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie andere Einnahmen zur Anschreibung gelangt: Zölle 146,117,255 Mk. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 8,569,076 Mk.) Tabaksteuer 3,072,912 Mk. (— 17,444 Mark), Zuckersteuer 41,552,536 Mark (+ 16,915,065 Mark), Salzsteuer 12,784,960 Mark (+ 50,100 Mark), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 2,183,394 Mk. (— 288,243 Mk.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu der-